

Peter-Ulrich Wendt:

## **Jugendpolitik? Ja bitte!** (Jugendpolitik 3.0)

### **1. Jugendpolitik jetzt?**

„Die Jugendarbeit“ – das heißt die Kinder- und Jugendarbeit in öffentlicher und freier Trägerschaft, mithin: die „Zunft“, gleichermaßen – steht vor schwierigen Zeiten. Nur: Wann waren sie je einfach in den zurückliegenden 30 Jahren? Warum ist es also gerade jetzt notwendig, über kommunale Jugendpolitik nachzudenken?

*Erstens* weil Jugend demografisch verloren zu gehen droht: Nicht nur im ländlichen Raum werden zwischen 2006 und 2025 bis zu 30% der 6- bis 18jährigen „verschwunden“ sein (z. B. -21,5% im Main-Kinzig-Kreis, -27,1% im Odenwaldkreis und -29,1% im Landkreis Waldeck-Frankenberg). Längst wird die Frage gestellt, ob dann noch selbstständige Schulen vor Ort, kulturelle und Freizeitinfrastruktur oder Angebote der Kinder- und Jugendarbeit rentierlich sind. Wird der Zusammenlegung von Schulen das Wort geredet und von der kulturellen Konzentration in den Kreisstädten gesprochen, so ist (spätestens) dann von Jugendarbeit nicht mehr die Rede: kein Nachwuchs – keine Jugendarbeit!

*Zweitens* haben sich die Prioritäten gewandelt: Kindheit und Familie stehen im Blickpunkt. Gegen einen verbesserten Kinderschutz, Bildung in der Kita oder eine Harmonisierung von Beruf und Erziehung gibt es nichts einzuwenden, doch bleibt das Konzept haltlos, wenn die öffentliche Verantwortung für den Prozess des Aufwachsens (12. Kinder- und Jugendbericht 2005) als Thema mit dem Eintritt in die Schule enden soll. Außerdem: Die Gesellschaft erwartet vor allem von der Kinder- und Jugendhilfe in Gänze, dass sie die kostenträchtigen Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung und diese „unappetitlichen“ Fälle á la Kevin und Lea-Sophie in den Griff bekommt, ansonsten aber mit diesen Sachverhalten nicht weiter belastet wird und von weiteren Hiobsbotschaften verschont bleibt. Und wo es bei der Erziehung hapern mag, da hat sie zur „Lösung“ von Erziehungsfragen die Super-Nanny, den Bueb („Lob der Disziplin“), die „Familie im Brennpunkt“ und die „Strengsten Eltern der Welt“. Braucht es da wirklich noch Jugendarbeit?

Und *drittens* ist dies mit der schleichenden Austrocknung der Ressourcen der Jugendarbeit gekoppelt. Die 2006 gegenüber 2002 registrierten Stellenverluste waren erheblich (Hessen: -43%, Niedersachsen: -18,2%, Sachsen-Anhalt: -38,4%). Und es besteht kein Grund für die Annahme, dass die Folgedaten für 2010 eine Trendwende zeigen werden. Jugendarbeit ist einmal mehr Verfügungsmasse der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Mehr noch: Manche Jugendamtsleitung hat sie längst zum finanz- und personalwirtschaftlichen Steinbruch erklärt. Befristete Projektförderungen verschärfen diese Entwicklung. Sie forcieren zwar fachliche Innovationen der Jugendarbeit, entkoppeln aber deren Förderung von einer auf Verstetigung bedachten Entwicklung ihrer Basisstrukturen, zum Beispiel der offenen Jugendarbeit oder der Grundförderung für Jugendverbände.

### **2. Ja, aber ...**

Die Aufgabe Sozialer Arbeit allgemein ist die Ermächtigung von Menschen, Frauen und Männern ihrer selbst zu werden und/oder zu sein. Die Förderung von Autonomie und zu Emanzipation ist notwendiges Mittel. Soweit der Anspruch – auch der Kinder- und Jugendarbeit. Es ist daher mehr als an der Zeit, darüber nachzudenken, wie sich in diesem Sinne auf kommunaler Ebene ein politischer Diskurs neu aufnehmen lässt, der Jugend einen gleichrangigen Stellenwert einräumt und ihre speziellen Themen (z. B. in Bezug auf Ausbildung und Übergang, Freizeit und Kultur, Identität und Geschlecht) wieder bedeutungsvoll und Jugendliche selbst zu echten Akteuren anstatt zur Staffage in Beteiligungsprojekten macht.

Was sind fördernde, was sind hemmende Faktoren dieser Repolitisierung?

- Da die Zunft (nicht unbedingt fachlich, aber) politisch untervernetzt ist, sind die Voraussetzungen für eine Repolitisierung zunächst einmal nicht besonders gut. Zwischen öffentlicher Jugendarbeit und Jugendverbänden kommt zudem eine erkennbare „Sprachlosigkeit“ hinzu: Sie arbeiten nicht unbedingt gegeneinander, aber doch schon nebeneinander. Auch eine Zusammenarbeit über lokale Grenzen hinweg (regionale Aneignungsprozesse sind für Jugendliche selbstverständlich!) ist eher die Ausnahme.

- Aber: lassen sich nicht auch (ermutigende) Anzeichen einer Repolitisierung „der Jugend“ erkennen? Ja, wenn z. B. die Shell-Jugendstudie 2010 herangezogen wird, die bei 40% Interesse an Politik diagnostiziert. Auch die Sinus-Studie zur katholischen Jugendarbeit 2008 mag so gelesen werden. Doch es bleibt zu fragen: erliegt die Zunft nicht zu leicht solch positiv wirkenden Werten, „die Jugend“ sei politischer als ihr Ruf? Bleibt dabei nicht außer Acht, dass Interesse noch keine Aktion ist, dass es eine Passung zwischen Interesse und Event erst noch geben muss? Ein Problem scheint doch zu sein, dass die Zunft (stillschweigend, begründet in ihren emanzipatorischen Wurzeln) immer noch zu sehr von Handlungsmustern ausgeht, die Jugendlichen fremd sind. Es bedarf (nach weiter herrschender Auffassung) zur Gestaltung nachhaltiger politischer Prozesse einer gewissen Kontinuität und - und vor allem dies - Frustrationstoleranz. Wird dabei aber nicht unbewusst, aber wirkmächtig außer Acht gelassen, dass für Jugendliche heute auch das Politische Eventcharakter haben muss, dass es also eine Differenz zwischen Politik und Politischem gibt? Fallen aber jugendpolitischer Anspruch der Zunft (Prozess) und Möglichkeiten (Event) auseinander, dann muss Jugendpolitik misslingen.
- Noch ein Versuch: Ist nicht „Stuttgart 21“ auch ein gelebter Gegenbeweis zur These jugendlicher Politikferne? Das darf bezweifelt werden: Wie *Dieter Rucht* ermittelt hat, haben nicht einmal 7% der Protestierenden unter 25 Jahren. Ganz offenbar überspielte die mediale Inszenierung, die aufgebrachte Schüler/innen bilderstark in den Fokus rückte, dass die Jungen nur den kleinsten Teil der „Bewegung“ bildeten. Vielmehr sind es die „Alten“ im Rentenalter, die sich vermehrt aufrufen, gegen das Projekt aufzustehen. Das gilt es offen zu bewerten, bevor die Zunft sich selbst in neue Trübsal verstrickt.

### 3. Was also tun?

Zunächst gilt es *erstens*, die auch in der Zunft selbst wahrnehmbare Politikdistanz anzugehen, nach der ja doch nichts zu ändern sei. Was kann dabei hilfreich sein?

- Dazu wird es zunächst erforderlich sein (wieder) zu lernen, Politik angemessen zu analysieren: Welchen Mechanismen, welchen Logiken folgt das politische System? Welche Routinen sind erforderlich, um den politischen Prozess zu beeinflussen? Wie funktioniert das „Spiel“ zwischen Politik, Verwaltung und Medien? Welche Potenziale zur Anreicherung der doch oft nur suboptimalen Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit der Zunft sind erforderlich und möglich?
- Lassen sich hierbei neue Kooperationen, z. B. mit der Wissenschaft, entwickeln? In den Sozialwissenschaften mag das nahe liegend sein: Zu denken ist beispielsweise an den „Bielefelder Appell“ (2008), in dem zahlreiche Erziehungswissenschaftler/innen ihre Bereitschaft erklären, sich in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringen zu wollen. Vielleicht lassen sich auch (wieder) Politikwissenschaftler/innen motivieren, praktische Politikberatung und -begleitung zu ermöglichen? Der Berliner Politologe *Roland Roth* hat mit seinen Hinweisen zur Auseinandersetzung mit Rechts die Vielfalt möglicher Vernetzungen zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Polizei, Schule und Zunft beispielhaft beschrieben. Solche Politikberatungsprozesse lassen sich vielfältig denken und realisieren. Es mag nicht einfach sein, aber doch einen Versuch wert.
- Es gilt, die Einfallstore in das politische System sicher zu identifizieren und Kontakt zu kultivieren, indem Brückenköpfe genutzt werden: z. B. zu den „jung(geblieben)en Alten“ mit ihren vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen, die sich - siehe Stuttgart 21 - immer mehr einbringen (wollen). Lassen sich hier strategische Allianzen zwischen den Generationen - die „jungen Alten“ mit ihren Erfahrungen im Langfristigen, ihrer Kontinuität; die Jungen mit ihren faszinierend-spontanen Aktionen und Events - entwickeln?
- Jugendarbeit politisch zu qualifizieren, heißt auch, nachzuqualifizieren, was in der hochschulischen Ausbildung defizitär wirkt. Ganz offenbar führt die Befassung mit den Verwerfungen und Entgrenzungen des Neoliberalismus bei Noviz/inn/en der Sozialen Arbeit nicht „automatisch“ zur Kultivierung einer am Widerstand orientierten politischen Handlungsbereitschaft. Die dem sogenannten „Bologna-Prozess“ eigene, wenig inspirierende Verschulung hat dies ganz unzweifelhaft gefördert. Freilich lassen die hochschulischen Auseinandersetzungen um Bildung (und die dabei gezeigte Bereitschaft zum öffentlichen Streit und Streik) in den zurückliegenden Jahren aufforchen. Jedenfalls haben die Hochschulen hier eine erhebliche Verantwortung, der sie sich (eben auch in der Kooperation mit Jugendarbeit) ganz praktisch stellen können. Zu fragen ist freilich auch: Haben die (insbesondere freien) Träger schon nachhaltig

genug die Diskussion mit den Hochschulen gesucht und dort ihre Erwartungen an die Güte der Ausbildung eingebracht?

Zweitens ist zu fragen, welche Rolle die Jugendverbände bei der Ausgestaltung der Jugendpolitik vor Ort spielen, welche Stärke sie überhaupt ins politische Feld zu führen haben. Sie selbst leiden vielerorts an Auszeichnung, auch sie stehen nicht im Rampenlicht. Solchermaßen im Abseits zu stehen muss aber kein Anlass zur Resignation sein. Skandalisierung war eine Stärke der Jugendbewegung der 1960/70er Jahre, erwachsen aus den spontanen Impulsen im Umgang mit oft selbst erlittener Ausgrenzung und Benachteiligung (z. B. die damalige „Heimkampagne“). Die Voraussetzungen dieser Jugendlichen (Bildung, familiäre und soziale Restriktionen etc.) sprachen nicht zwingend für ein politisches Engagement - es wurde situativ „geboren“. Auch wenn heute die Rahmungen fundamental andere sein mögen (Individualisierung, Medialisierung, Konsum etc.), so bestehen die Chancen zum politischen Handeln aus dem situativen Impuls heraus doch immer (noch). Dies zeigen die studentischen Proteste national ebenso wie international die Jugendproteste in Frankreich und England (Sozialsystem und Ausbildung) 2010. In kirchlichen Kontexten lassen sich überzeugende Prozesse durch Marginalität (Bedeutungsverlust von Kirche! Diaspora!) provoziert, wie darin zugleich auch begünstigter Solidarisierung beobachten, die durchaus eine Repolitisierung selbst aus einer Position der Defensive zur Folge haben können. Wenn die kleine Gruppe der Evangelischen Jugend binnen 18 Stunden in der Lage ist, gegen die Kürzung der kommunalen Jugendförderung über 60 Jugendliche (Nutzung sozialer Netze, Facebook, Kooperation im Jugendring inklusive) zu mobilisieren, um eine städtische Veranstaltung zum erfolgreichen politischen Protest zu nutzen, dann zeigt dies, was (eventorientiert) generell möglich ist.

Und was bedeutet das *drittens* für die kommunalen Jugendringe? Ihnen kann eine Art „Steuerungsfunktion“ zukommen, für ein kooperatives Politikmodell zu mobilisieren und die gemeinsame Profilierung der Jugendarbeit unter ihrem Dach zu forcieren Jugendarbeit, zum Beispiel in Form lokaler Arbeitsgemeinschaften zwischen verbandlicher und öffentlicher Jugendarbeit unter Hinzuziehung neuer Dritter, z. B. Vereine von Menschen mit Handicap). Aufgaben wären das Netzwerken (d. h. auch die funktionale Nutzung sozialer Netze), die Koordination von Kampagnen, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit und die strategische Qualifizierung zentraler Akteure, zum Beispiel den Vertreter/ inne/n der Jugendarbeit in den örtlichen Sozial- und/ oder Jugendhilfeausschüssen. Alles in allem keine wirklich revolutionären Neuerungen, vielleicht aber Rückbesinnungen. Und sie sollten für sich klären, inwieweit sie hierbei den „jungen Alten“ für ihren organisatorische Rahmen öffnen wollen, um sie zum Beispiel für Managementaufgaben zu gewinnen, Brücken zu bauen und Einfallstore in die Politik zu öffnen.

Schließlich wird *viertens* einen besondere Jugendpolitik des ländlichen Raumes gebraucht: Soll sie Jugend mit Schule, Ausbildung, Freizeit, sozialer Kommunikation, ÖPNV vernetzt denken und darin den demografischen Entleerungstendenzen ein geschlossenes Gegenkonzept entgegensetzen? Die Frage ist bloß rhetorisch. Umso mehr ist auch hier zu tun.

Der vorstehende Aufsatz erscheint als Beitrag in der nächsten Ausgabe der „Hessischen Jugend“, hg. vom Hessischen Jugendring.